

M 15 Eingabe zu den Leipziger Ereignissen im Januar 1989

OV, Konfrontation, FIV 1615/89

Kontakt:

20. Januar 1989

Ulrike D. [REDACTED] - B. [REDACTED]

Zwickau
9590

BSU
000026

Ministerium des Innern
An den Minister

Marx-Engels-Platz

Berlin

1 0 20

Bevölkerungseingabe

Wir sind betroffen über die Ereignisse der letzten Tage in Leipzig. Es ist uns unverständlich, wie Menschen, welche für

- das Recht auf freie Meinungsäußerung
- Versammlungs- und Vereinigungsrecht
- Pressefreiheit (speziell gegen das Verbot der Zeitschrift "Sputnik" sowie kritischer Sowjetischer Filme)

eintreten, inhaftiert werden bzw. Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet, d.h. behindert und kriminalisiert werden. Dieses Vorgehen ist umso unverständlicher, als die oben genannten Punkte doch in der Verfassung garantierte Grundrechte darstellen.

Wie vereinbart sich das in einer Zeit der offenen Dialoge mit dem Gedanken, die DDR sei ein demokratischer Friedensstaat, wenn Grundrechte verwehrt werden?

Wir hoffen, daß die staatlichen Verantwortlichen ihre Glaubwürdigkeit durch

- die Sofortige Freilassung aller noch Inhaftierten
 - die Einstellung aller noch laufenden Ermittlungsverfahren
 - die praktische Realisierung der in der Verfassung garantierten Grundrechte und
 - den Eintritt staatlicher Stellen in einen konstruktiven Dialog mit allen Bürgern über die weitere Demokratisierung in unserer Gesellschaft
- bezeugt.

Wir bitten Sie um eine Schriftliche Stellungnahme zu dieser Problematik!

Hochachtungsvoll